

Reihe Arbeits- und Sozialwissenschaften
Band 2 b



dandelion.com

© 2013 Dandelion Management Consultants
May be used for personal purposes only or by
libraries associated to dandelion.com network.

Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft

Ulrich Gärtner/Peter Luder

Verlag **RQ**egger

INHALT

TEIL A: WISSENSCHAFTSTHEORETISCHE UND METHODISCHE GRUNDLEGUNG

EINLEITUNG	1
1 WISSENSCHAFTSTHEORETISCHER ANSATZ UND METHODIK	3
1.1 Anforderungen an die Problemlösung	3
1.2 Systemmethodik als rationale Problemlösungsmethode	3
1.21 Grundlegende Elemente der Systemtheorie und Kybernetik	4
1.22 Systemtheorie und Kybernetik als Problemlösungsmethode	5
1.3 Die Anforderung der Handlungsorientierung	8
2 ERMITTLUNG UND FORMULIERUNG DES PROBLEMS	13
2.1 Gleichgewichtsstörungen	13
2.2 Verhältnis zwischen Problemloser und Problemen	16
3 SYSTEMGESTALTUNG	21
3.1 Auswahl eines Lenkungsmodells	21
3.2 Bestimmung des Systemzwecks	24
3.21 Normative Grundpositionen	24
3.22 Anforderungen an das zu gestaltende polit-ökonomische System	27
3.3 Gestaltungsentwurf des polit-ökonomischen Systems	27
3.31 Zwei verschiedene Perspektiven der Systemgestaltung	29
3.32 Subsystembildung	31
3.4 Lenkungsprinzipien im polit-ökonomischen System	38
3.41 Allgemeine Lenkungskonzepte	38
3.42 Polit-ökonomische Lenkungsprinzipien	42
3.42.1 Polit-ökonomische Lenkungsprinzipien aus der Sicht der Organisation	45
3.42.11 Intrinsische und extrinsische Lenkung von Märkten	45
3.42.12 Intrinsische und extrinsische Lenkung von Institutionen	52
3.42.2 Polit-ökonomische Lenkungsprinzipien aus der Sicht der Demokratisierung	55
3.42.21 Demokratisierung der Marktlenkung von Unternehmen	55
3.42.22 Demokratisierung von extrinsischer Lenkung	57
4 AUFTRAG AUS TEIL A FUER DAS VORGEHEN IN DEN TEILEN B, C UND D	62

TEIL B: UNTERNEHMENSSYSTEM

KOORDINATIONSKAPITEL: EINORDNUNG IN DIE METHODIK

65

1.	<u>KAPITEL</u>	ZUR BEGRÜNDUNG EINER KOMPLEXEN, PARTIZIPATIVEN UNTERNEHMENSORDNUNG - ENTFREMDUNGSABBAU, KOMPLEXE , PARTIZIPATIVE EIGENTUMSORDNUNG ALS WEG-ZIEL-KATEGORIEN	67
1		ENTFREMDUNGSABBAU	67
1.1		Entfremdung als Lenkungsproblem	67
1.2		Entfremdung und Entfremdungsaufhebung unter einem vornehmlich materiellen Aspekt: marxistische Ansätze	76
1.21		Der klassische Begriff der Entfremdung	76
1.21.1		Entfremdung bei Hegel	77
1.21.2		Die Kritik Hegels durch L. Feuerbach und M. Hess	78
1.22		Der Entfremdungsbegriff bei Karl Marx	79
1.22.1		Arbeit	80
1.22.2		Arbeitsteilung	81
1.22.3		Entfremdete Arbeit	81
1.22.4		Privateigentum und Entfremdung	83
1.22.5		Entfremdungsaufhebung	85
1.23		Entfremdungsaufhebung im heutigen Einflussbereich der marxistisch leninistischen Theorie	86
1.3		Entfremdung und Entfremdungsaufhebung unter einem vornehmlich immateriellen Aspekt: "bürgerliche " Ansätze	88
1.31.		Die "Nicht-Zuständigkeit" gesellschaftsbezogener ökonomischer Theorien für das Entfremdungsproblem	88
1.32		Ansätze zur Entfremdungsaufhebung in auf das Individuum bzw. auf Gruppen bezogenen Theorien	97
1.32.1		"Humanisierung der Arbeitswelt" (HdA)	97
1.32.2		Abriss neuerer Erkenntnisse der Motivationspsychologie	100
1.32.21		Homöostatische Motivationsansätze	101
1.32.22		Anreiztheoretische Motivationsansätze	102
1.32.23		Kognitive Motivationsansätze	103
1.32.24		Humanistische Motivationsansätze	104
1.32.24.1		Die Schichtentheorie der menschlichen Bedürfnisse nach M. Maslow	105
1.32.24.2		Die Zweifaktorentheorie der Arbeitsmotivation von F. Herzberg	107
1.32.3		Kritische Bemerkungen zum Untersuchungsbereich der empirischen Arbeitszufriedenheitsforschung	111
1.32.4		Zum Verhältnis von Arbeitszufriedenheitsforschung, "Humanisierung der Arbeitswelt" und Entfremdungsaufhebung	113

1.4	Ansätze zu einer integrierten Problemlösung im Sinne eines Entfremdungsabbaus	118
1.41	Entfremdungsabbau als systemmethodische Problemlösung und dimensionale Bewertungskriterien	118
1.42	Plausibilitätshypothesen in bezug auf Entfremdungsabbau durch Partizipation	124
1.5	Zusammenfassung	127
KOMPLEXE, PARTIZIPATIVE EIGENTUMSORDNUNG		131
2.1	Eigentum als Lenkungsproblem	131
2.2	Die Herausbildung des Eigentumsverständnisses der christlichen Soziallehre	136
2.3	Die Herausbildung des Eigentumsverständnisses des Liberalismus	142
2.4	Die Herausbildung des Eigentumsverständnisses des Marxismus	150
2.41	Die Eigentumslehre der sog. Frühsozialisten	150
2.42	Die Eigentumslehre von Karl Marx	154
2.43	Die Eigentumslehre im Sowjetmarxismus	159
2.44	Das Eigentumsverständnis in der Theorie des demokratischen Sozialismus	164
2.5	Zum Verhältnis der aktuellen Theoriehorizonte: christliche Soziallehre, Liberalismus und Marxismus	169
2.6	Rekonstruktionsversuch über Eigentum: Die Kombination von Interessenlenkung und Produktionsmitteleigentum	173
2.61	Konkretisierte Problemstellung	173
2.62	Anforderungen an eine komplexe, partizipative Eigentumsordnung	175
2.63	Die Kombination von Gewinnbeteiligung und Neutralisierung des Produktionsmitteleigentums	181
2.7	Zusammenfassung	188
KOMPLEXE, PARTIZIPATIVE ENTSCHEIDUNGSORDNUNG		191
3.1	Immaterielle Partizipation als Lenkungsproblem	191
3.2	Immaterielle Partizipation als Interessenproblem	194
3.21	Der Interessenbegriff	194
3.22	Ungleichgewichtige Interesseneinbringung in herrschenden Bedingungen	197
3.22.1	Die Interesseneinbringung im liberalen Marktmodell	197
3.22.2	Die Interesseneinbringung in der körperschaftlich verfassten Unternehmensordnung	200
3.23	Die Einlösung der Forderung nach gleichgewichtiger Interesseneinbringung	204

3.23.1	Koalitionstheoretische Ansätze	205
3.23.2	Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre (AOEWL)	208
3.23.3	Funktionales Gleichgewicht von Arbeits- und Kapitalinteressen	210
3.24	Zum Irrtum der Voraussetzungslosigkeit der Demokratie als Instrument des Interessenausgleichs	212
3.24.1	Das Problem aus der Sicht eines historischen Zutritts	213
3.24.1.1	Der sog. Frühsozialismus	215
3.24.1.2	Der othodoxe Marxismus	216
3.24.1.3	Wirtschaftsdemokratische Vorstellungen der Zwischenkriegszeit	216
3.24.1.4	Wirtschaftsdemokratische Vorstellungen der Nachkriegszeit	222
3.24.2	Das Problem aus der Sicht eines typologischen Zutritts	227
3.24.2.1	Direkte Demokratie	227
3.24.2.2	Rätekonzept	229
3.24.2.3	Demokratischer Zentralismus	232
3.24.2.4	Repräsentativdemokratie und innerorganisatorischer Parteienwettbewerb	234
3.3	Anforderungen an eine komplexe, partizipative Entscheidungsordnung	238
3.31	Allgemeine Ziele und Restriktionen der immateriellen Partizipation	239
3.31.1	Zum Begriff der Partizipation	239
3.31.2	Die Schaffung einer komplexen, partizipativen Entscheidungsordnung als Metaproblemlösung	241
3.32	Restriktionen der Entscheidungsordnung	245
3.32.1	Lenkungstheoretische Einordnung der immateriellen Partizipation	245
3.32.2	Entscheidungstheoretische Einordnung der immateriellen Partizipation	252
3.32.2.1	Entscheiden als Informationsverarbeitungsprozess in Systemen	252
3.32.2.2	Entscheidungstypologische Partizipationspotentiale	255
3.32.2.2.1	Routine-Entscheide und Zweck-Entscheide	257
3.32.2.2.2	Krisen-Entscheide und Innovationsentscheide	261
3.32.2.2.3	Eigentumsrelevante Entscheidungen	268
3.4	Zusammenfassung	269
2.	<u>KAPITEL</u> ZUM ENTWICKLUNGSSTAND EINER KOMPLEXEN, PARTIZIPATIVEN UNTERNEHMENSORDNUNG - EINE KRITISCHE ANALYSE AUSGEWÄHLTER REFORMANSÄTZE DER BESTEHENDEN UNTERNEHMENSORDNUNG	272
4	EINORDNUNG IN DIE METHODIK	272
5	PRAXIS DER PARTIZIPATION I: PARTIZIPATIONSANSÄTZE MIT VORNEHMLICH IMMATERIELLEN KOMPONENTEN	275

5.1	Humanisierung der Arbeitswelt (HdA)	275
5.11	Beispiel: Das norwegische Modell selbstgesteuerter Arbeitsgruppen	277
5.11.1	Die Herausbildung des Gruppenmodells	277
5.11.2	Theoretische und praktische Voraussetzungen	279
5.11.3	Prinzipienkatalog	2
5.11.4	Wesentliche Modellelemente	283
5.11.5	Theoretische Impulse	285
5.12	Beispiel: Das Feldexperiment bei der Nobö AG in Hommelvik/ Trondheim	288
5.13	Kritische Einordnung	292
5.2	Mitbestimmung	301
5.21	Ebenen der wirtschaftlichen Mitbestimmung	302
5.21.1	Unternehmensexterne Mitbestimmung	303
5.21.1	Unternehmensinterne Mitbestimmung	303
5.21.21	Mitbestimmung auf Unternehmensebene	303
5.21.22	Mitbestimmung auf Betriebsebene	304
5.21.23	Mitbestimmung am Arbeitsplatz	304
5.22	Wirkungsbereiche rechtlicher Normierung der Mitbestimmung in der Wirtschaft	305
5.22.1	Mitbestimmung auf der Grundlage der Verfassung	305
5.22.2	Mitbestimmung auf der Grundlage von Gesetzen	306
5.22.21	Unternehmensinterne Mitbestimmung i. e. S.	307
5.22.22	Mitbestimmung in Unternehmensorganen	308
5.22.23	Wirtschaftspolitische Mitbestimmung	309
5.22.3	Mitbestimmung auf der Grundlage von Verträgen	309
5.23	Beispiel: Mitbestimmung in Europa	310
5.23.1	Die Societas Europea (SE)	310
5.23.2	Die Vertretung der Arbeitnehmer in der europäischen Aktiengesellschaft gemäss Statut	312
5.23.21	Der Europäische Betriebsrat	313
5.23.22	Der Konzernunternehmensrat	314
5.23.23	Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat	314
5.23.24	Die Regelung der Arbeitsbedingungen	315
5.23.3	Die Haltung der europäischen Gewerkschaften	316
5.23.4	Wirtschaftspolitische Mitbestimmung	320
5.24	Beispiel: Das neue Mitbestimmungsgesetz in der BRD	322
5.24.1	Geltungsbereich	324
5.24.2	Bildung und Zusammensetzung des Aufsichtsrates	325
5.24.3	Wahl der Aufsichtsratsmitglieder	325
5.24.4	Vorsitz des Aufsichtsrates	326
5.24.5	Aufgaben des Aufsichtsrates	326
5.24.6	Arbeitsdirektor	326
5.24.7	Pattauflösung bei der Beschlussfassung	327
5.25	Kritische Einordnung	327

5.25.1	Praktische Erfahrungen mit der Montan-Mitbestimmung	328
5.25.11	Auswirkungen auf das Unternehmen	328
5.25.12	Auswirkungen auf die Mitarbeiter	331
5.25.2	Aspekte der Kritik am neuen Mitbestimmungsgesetz in der BRD	333
5.25.21	Formaldemokratische Teilreform	334
5.25.22	Klassendenken	336
5.25.23	Fehlende Koppelung mit einer materiellen Partizipation	338
5.3	Zusammenfassung	342
PRAXIS DER PARTIZIPATION II: PARTIZIPATIONSANSAETZE MIT MATERIELLEN KOMPONENTEN		346
6.1	Unterparitätische Mitarbeiterbeteiligung	346
6.11	Erfolgsbeteiligung	350
6.11.1	Formen der Erfolgsbeteiligung	350
6.11.2	Reine Erfolgsbeteiligung	354
6.11.3	Beispiel: Das Modell der Firma Overlack, Mönchen-Gladbach	356
6.11.31	Erfolgsbeteiligung	356
6.11.32	Mitarbeiterdarlehen	358
6.11.33	Immaterielle Partizipation	359
6.12	Kapitalbeteiligung	360
6.12.1	Kapitalbeteiligung in der vermögenspolitischen Diskussion	360
6.12.2	Reine Kapitalbeteiligung	369
6.12.3	Beispiel: Die Belegschaftsaktie als vollgesellschaftsrechtliche Beteiligung bei der Holderbank Financiere Glarus AG, Schweiz	375
6.12.31	Aktienbeteiligung	377
6.12.32	Immaterielle Partizipation	378
6.12.4	Beispiel: Die stille Beteiligung als nicht voll gesellschaftsrechtliche Beteiligung bei der Theodor Wuppermann GmbH, Leverkusen	379
6.12.41	Die Wuppermann Beteiligungsgesellschaft mbH	380
6.12.42	Stille Beteiligung	381
6.12.43	Immaterielle Partizipation	384
6.13	Laboristische Beteiligung	386
6.13.1	Die Kombination von Erfolgs- und Kapitalbeteiligung	386
6.13.2	Beispiel: Das Modell der Jasba-Mosaik GmbH, Oettingen	391
6.13.21	Gewinnbeteiligung	391
6.13.22	Kapitalbeteiligung	394
6.13.23	Immaterielle Partizipation	396
6.14	Kritische Einordnung	397
6.14.1	Betriebswirtschaftliche Funktionalität	398
6.14.2	Wirkungstiefe und Trägerfunktion	409
6.2	Ueberparitätische Mitarbeiterbeteiligung	416
6.2i	Laboristische Beteiligung mit Ueberparität	416

6.21.1	Beispiel: Das Modell der Joh. F. Behrens OHG, Ahrensburg	417
6.21.11	Das Modell bis zum Jahre 1975	418
6.21.11.1	Gewinnbeteiligung	418
6.21.11.2	Kapitalbeteiligung	419
6.21.11.3	Immaterielle Partizipation	421
6.21.12	Die Neuorganisation	422
6.22	Genossenschaftliche Beteiligung	425
6.22.1	Beispiel: Das Modell der Genossenschaft "GWM-Gerätewerk", Matrei am Brenner	436
6.22.11	Betriebswirtschaftliche Funktionalität	436
6.22.12	Mitgliedschaft	437
6.22.13	Organe	439
6.22.14	Geschäftsanteile	440
6.23	Kapitalneutralisierung	441
6.23.1	Beispiel: Das Modell der Firma Martin Hoppmann GmbH, Siegen	448
6.23.11	Neutralisierung des Kapitals	449
6.23.12	Erfolgsbeteiligung	450
6.23.13	Immaterielle Partizipation	452
6.23.14	Erfahrungen	457
6.23.2	Beispiel: Das Modell der Südstahl GmbH, Mertingen	463
6.23.21	Neutralisierung des Kapitals	464
6.23.22	Erfolgs- und Kapitalbeteiligung	468
6.23.23	Immaterielle Partizipation	472
6.23.24	Erfahrungen	472
6.24	Kritische Einordnung	475
6.24.1	Eigentumsordnung und Interessenlenkung	476
6.24.2	Entscheidungsordnung und Interesseneinbringung	481
6.3	Zusammenfassung	484
3.	<u>KAPITEL</u> ZUM REFORMKONZEPT EINER KOMPLEXEN, PARTIZIPATIVEN UNTERNEHMENSORDNUNG - DAS KONZEPT EINER MITARBEITERGESELLSCHAFT ALS SYNTHESE UND WEITERENTWICKLUNG BRAUCHBARER ELEMENTE BISHERIGER PARTIZIPATIONSANSAETZE	487
7	UMRISSE EINER KOMPLEXEN, PARTIZIPATIVEN EIGENTUMSORDNUNG	487
7.1	Zum allgemeinen Konzept einer Mitarbeitergesellschaft als kollektiver Arbeitsgesellschaft	488
7.2	Neutralisiertes Kapital	493
7.21	Neutralisiertes Kapital und kollektives Nutzungsrecht der Mitarbeiter	493
7.21.1	Idee	493
7.21.2	Zur Frage der betriebswirtschaftlichen Funktionalität des neutralisierten Kapitals am Beispiel der unternehmensbezogenen Familienstiftung	494

7.21.21	Definition	495
7.21.22	Kapital und Finanzierung	499
7.21.23	Stabilität und Anpassungsfähigkeit	502
7.22	Zum Problem der Kapitalmobilität	505
7.22.1	Gründung und Auflösung	505
7.22.2	Beteiligung	507
7.22.3	Ein- und Austritte	508
7.3	Gewinnbeteiligung und Einkommensverteilung in der Mitarbeitergesellschaft	511
7.31	Quellen und Komponenten der individuellen Einkommen	511
7.32	Einkommensverteilungskonflikte	513
7.33	Einkommens- oder Gewinnprinzip bei der Ergebnisrechnung?	516
7.34	Notwendigkeit und Prinzip einer makro-ökonomischen Einkommensverteilungspolitik	520
7.35	Ergebnisrechnung und Gewinnverteilung in der Mitarbeitergesellschaft	523
7.35.1	Das modifizierte Einkommensprinzip	523
7.35.2	Berechnung, Auszahlung und individuelle Aufteilung des ausgeschütteten Gewinns	525
7.4	Zusammenfassung	528
B	UMRISSE EINER KOMPLEXEN, PARTIZIPATIVEN ENTSCHEIDUNGSORDNUNG	531
8.1	Gruppenprinzip	534
8.11	Selbstgesteuerte Arbeitsgruppe als Leitidee	534
8.12	Gruppenprinzip als allgemeines Organisationsprinzip	537
8.12.1	Die Bildung teilautonomer Subsysteme	537
8.12.11	Das Beispiel der Divisionalisierung	537
8.12.12	Das Problem der finanziellen Teilautonomisierung	540
8.12.13	Restriktionen für die Etablierung des Gruppenprinzips	544
8.12.2	Die Koordination teilautonomer Subsysteme	545
8.2	Wahlprinzip	551
8.3	Zusammenfassung	554
9	BEMERKUNGEN ZU DEN REALISIERUNGSSCHANCEN UND -PROBLEMEN DES KONZEPTS DER MITARBEITERGESELLSCHAFT	554
	ABKUERZUNGEN	564
	LITERATUR	566

TEIL C: MARKTPLANUNGSSYSTEM

KOORDINATIONSKAPITEL: EINORDNUNG IN DIE METHODIK	598
4. <u>KAPITEL</u> PLAN ODER MARKT?	603
1 ZUR BEGRÜNDUNG EINES PLANGELENKTEN MARKTES *	603
1.1 Ordnungs- und lenkungstheoretische Beurteilung allgemeiner planwirtschaftlicher Modelle	603
1.11 Bewertungskriterien	604
1.12 Das zentralistische Modell	607
1.12.1 Komplexitätsreduktion	607
1.12.2 Interessenlenkung	612
1.12.3 Zusammenfassung und Konsequenzen	614
1.13 Dezentralisierte Modelle unter Beibehaltung staatlicher Preislenkung	615
1.13.1 Komplexitätsreduktion	615
1.13.2 Interessenlenkung	623
1.13.3 Zusammenfassung und Konsequenzen	624
1.14 Modelle der sozialistischen Marktwirtschaft	625
1.14.1 Komplexitätsreduktion	625
1.14.2 Interessenlenkung	626
1.14.3 Zusammenfassung und Konsequenzen	630
1.2 Mängelliste des Marktmechanismus	630
2 ZUM KONZEPT EINER PLANLENKUNG DES MARKTES	632
2.1 Ziele der Planlenkung	632
2.11 Zum Charakter der Ziele	632
2.12 Zielarten	634
2.2 Instrumentale und normative Planlenkung	635
3 ZUSAMMENFASSUNG	637
5. <u>KAPITEL</u> INSTRUMENTALE PLANLENKUNG: WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LENKUNGSPRINZIPIEN UND UMRISSE EINES INTEGRIERTEN KONZEPTS UNTER BESONDERER BERUECKSICHTIGUNG DER STABILITAETSPOLITIK MITTELS EINKOMMENSVERTEILUNGSPOLITIK	640
4 PRINZIPIEN INSTRUMENTALER PLANLENKUNG	640
4.1 Kritik der Investitionslenkungsansätze	641
4.11 Ansatz der direkten Investitionslenkung	643
4.12 Ansatz der indirekten Investitionslenkung	645
4.13 Ansatz der sektoralen Investitionslenkung	647
4.2 Konsequenzen und Schwerpunktsetzung	648

STABILITÄTSPOLITIK MITTELS EINKOMMENSVERTEILUNGSPOLITIK	652
5.1 Zur Notwendigkeit einer Lenkung der Einkommensverteilung: Kritik der Stabilitätspolitik	652
5.11 Kritik aus lenkungstechnischer Sicht	653
5.12 Kritik der transmissionstheoretischen Grundlagen der Stabilitätspolitik	665
5.12.1 Kritik aus monetaristischer und keynesianischer Sicht	665
5.12.11 Mikro-ökonomische Annahmen	665
5.12.12 Theoretische Stabilitätshypothese des Monetarismus	669
5.12.13 Wirtschaftspolitisch handlungsorientierende Gegenposition des Keynesianismus	672
5.12.2 Kritik aus wettbewerbstheoretischer Sicht	677
5.13 Kritik der gleichgewichtstheoretischen Grundlagen der Stabilitätspolitik	683
5.13.1 Problemstellung	683
5.13.2 Stabilitätshypothesen und Theorie der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit	685
5.13.3 Erweiterung durch die marxistische Reproduktionstheorie	688
5.13.4 Abzuleitende stabilitätspolitische Handlungsorientierungen	693
5.14 Kritik der Einkommenspolitik	700
5.15 Kritik der Inflationstheorie	703
5.2 Zur Frage nach kreislauftheoretischen Gleichgewichtsbedingungen als Ziele einer Einkommensverteilungspolitik	707
5.21 Einkommensverteilungspolitische Gleichgewichtsbedingungen aus der Theorie der Stabilitätspolitik	707
5.22 Einkommensverteilungspolitische Gleichgewichtsbedingungen aus der Verteilungstheorie	708
5.22.1 Angebotstheoretischer Ansatz	709
5.22.2 Nachfragetheoretischer Ansatz	711
5.22.3 Machttheoretischer Ansatz	717
5.23 Einkommensverteilungspolitische Gleichgewichtsbedingungen aus einkommenpolitischen Regeln	719
5.24 Globale kreislauftheoretische Restriktionen für eine Einkommensverteilungspolitik und alternative Strategie zur Reduktion der Komplexität in der Zielbildung	723
5.3 Instrumente zur Lenkung der funktionalen Einkommensverteilung	729
5.31 Anforderungen an die instrumentale einkommensverteilungspolitische Lenkung	729
5.32 Träger der instrumentalen einkommensverteilungspolitischen Lenkung	731
5.32.1 Wirtschaftsverbände als autonome instrumentale Lenkungsorgane	732

5.32.11	Problemstellung	732
5.32.12	Vergleich des bundesdeutschen und schwedischen Tarif- und Lohnverhandlungssystems	734
5.32.13	Verteilungskonflikte auf überbetrieblicher Ebene	737
5.32.14	Verteilungskonflikte auf betrieblicher Ebene	741
5.32.15	Zusammenfassung und Konsequenzen	743
5.32.2	Die Regierung als zentrales instrumentales Lenkungsorgan	747
5.32.21	Kritik der staatlichen Einkommenspolitik im Spät- kapitalismus	747
5.32.22	Kritik der staatlichen Einkommenspolitik im Re- formsozialismus	750
5.33	Variablen der Einkommensverteilungspolitik	755
5.33.1	Ziel variablen der Einkommensverteilungspolitik	755
5.33.2	Lenkungsvariablen der Einkommensverteilungspolitik	759
5.33.21	Prinzip der einkommensverteilungspolitischen Lenkung	759
5.33.22	Die Bestimmung der Lenkungsvariablen	763
5.33.23	Plausibilitätshypothesen bezüglich des Unterneh- mensverhaltens unter dem Einfluss der einkom- mensverteilungspolitischen Lenkung	768
5.33.24	Staatliche Kontrollkompetenzen und Sanktions- instrumente	770
5.34	Bemerkungen zu den Realisierungschancen und -problemen des Konzepts der Einkommensverteilungspolitik	771
	UMRISSE EINES INTEGRIERTEN KONZEPTS DER INSTRUMENTALEN PLAN- LENKUNG	775
	ZUSAMMENFASSUNG	781
6.	<u>KAPITEL</u> NORMATIVE PLANLENKUNG: KRITERIEN EINER DEMOKRATISCHEN PLANUNG BZW. WIRTSCHAFTSPLANUNG	784
8	DEMOKRATIETHEORETISCHE UND PLANUNGSTHEORETISCHE AUSGANGS- PUNKTE	784
8.1	Demokratiethoretische Standortbestimmung	784
8.2	Planungstheoretische Standortbestimmung	788
9	UEBERPRUEFUNG KOMPLEXER PLANUNGS- UND DEMOKRATIETHEORIEN IN BEZUG AUF DIE FORDERUNG NACH DEMOKRATISIERUNG	792
9.1	Die Planungs-und Demokratiethorie Luhmanns	792
9.11	Das politische System	792
9.12	Politische Planung	793
9.12.1	Planung als allgemeines Handlungsmuster	793
9.12.2	Wirtschaftsplanung	795
9.12.3	Kritik der Planungskonzeption Luhmanns	796
9.13	Die Demokratiekonzeption Luhmanns	797

9.13.1	Demokratie zum Zwecke der Komplexitätserhaltung und -reduktion	797
9.13.2	Kritik der Demokratiekonzeption Luhmanns	798
9.2	Die Planungs- und Demokratietheorie Nascholds	799
9.21	Kombination von Systemrationalität und partizipativer Demokratie	799
9.22	Demokratisierung der Planung	800
9.23	Kritik der Demokratiekonzeption Nascholds	802
9.3	Pluralismus und Planung	803
9.31	Das Interessenberücksichtigungs- und -einbringungspotential des Pluralismus	803
9.32	Die Planungsfähigkeit des Pluralismus	805
10	SYNTHESE BRAUCHBARER ELEMENTE BISHERIGER DEMOKRATIE- UND PLANUNGSTHEORIEN: EIN HANDLUNGSORIENTIERENDES REFORMKONZEPT	808
10.1	Anforderungen und Leitbild	808
10.2	Basisebene: realdemokratische Voraussetzungen	809
10.3	Formaldemokratisches Konzept	812
10.31	Partizipativ pluralistische Ebene	812
10.32	Partizipativ zentralistische Ebene	814
10.32.1	Notwendigkeit der Zentralisierung der Planungsfunktion	814
10.32.2	Ausbau des Interessenberücksichtigung- und -einbrin- gungspotentials des zentralen Planungssystems	817
10.32.21	Aus der Perspektive der Organisierung	817
10.32.22	Aus der Perspektive der Demokratisierung	819
10.32.3	Umriss eines integrierten Systems der normativen Plan- lenkung	824
10.32.31	Aus der Perspektive der Organisierung	826
10.32.32	Aus der Perspektive der Demokratisierung	829
11	ZUSAMMENFASSUNG	831

TEILD: MARKTSYSTEM

KOORDINATIONSKAPITEL: EINORDNUNG IN DIE METHODIK	834
7. <u>KAPITEL</u> MARKTPRINZIP UND THEORETISCHES LEITBILD FUER DIE WETTBEWERBSPOLITIK	838
1 ZIELFUNKTIONEN DES WETTBEWERBS UND NOTWENDIGKEIT DER WETTBEWERBSPOLITIK	838
2 WETTBEWERBSTHEORETISCHES LEITBILD FUER DIE WETTBEWERBS - POLITIK	840
2.1 Modell der vollkommenen Konkurrenz	840
2.2 Konzept einer workable competition	842
2.21 Wettbewerb als dynamischer Prozess	843
2.22 Das Konzept der optimalen Wettbewerbsintensität von E. Kantzenbach	846
2.23 Kriterien der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs	849
2.23.1 Kriterienkatalog gemäss wettbewerbstheoretischer Literatur	849
2.23.2 Kriterien der langfristigen Funktionsfähigkeit	852
2.23.21 Marktverhalten	854
2.23.22 Marktstruktur	859
2.23.23 Marktergebnis	861
3 ZUSAMMENFASSUNG	864
8. <u>KAPITEL</u> ZUM ERSCHEINUNGSBILD DER MARKTVERMACHTUNG: LANGFRISTIGE GEWINNRATENUNTERSCHIEDE	866
4 KONZENTRATIONSGRAD UND GEWINNRATEN AUF US-MAERKTEN	868
5 BRANCHENGWINNRATEN UND KONKURRENZINTENSITAET IN DER BRD-INDUSTRIE	874
6 MARKTZUTRITSSCHRANKEN UND GEWINNRATEN AUF US-MAERKTEN	882
7 ZUSAMMENFASSUNG	887
9. <u>KAPITEL</u> WETTBEWERBSPOLITISCHES KONZEPT	889
8 GESAMTUEBERSICHT UND AKZENTSETZUNG	889
8.1 Ansatzpunkte der Wettbewerbspolitik	889
8.2 Schwerpunkte	892

9	ZIELKONFLIKTE	895
9.1	Zielkonflikt zwischen der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs und der Wettbewerbsfreiheit	895
9.2	Zielkonflikt zwischen der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs und dem wirtschaftlichen Wachstum	897
9.21	Antinomie zwischen wettbewerbsoptimaler und kostenoptimaler Unternehmensgrösse	897
9.22	Unternehmensgrösse und F&E	902
10	WETTBEWERBSPOLNIK ALS MARKTSTRUKTUR POLITIK	907
10.1	Zum Problem der Abgrenzung des relevanten Marktes	907
10.2	Kooperations- und Konzentrationspolitik	914
10.21	Zur Unterscheidung von Kooperation und Konzentration	914
10.22	Wettbewerbsrechtliche und wettbewerbspolitische Erfassung von Kooperation und Konzentration	919
10.22.1	Erlaubnis bzw. Förderung der Kooperation und Konzentration	920
10.22.2	Kooperations- und Konzentrationskontrolle	925
10.22.3	Entflechtung von Kooperation und Konzentration	934
11	ZUSAMMENFASSUNG	937
12	WETTBEWERBSPOLITIK ALS MARKTERGEBNISKONTROLLE UND -REGULIERUNG	942
12.1	Notwendigkeit, Stellenwert und Adressaten der Marktergebniskontrolle und -regulierung im wettbewerbspolitischen Konzept	942
12.2	Kriterien der Marktergebniskontrolle: Ansätze und Problematik der Preiskontrolle	945
12.21	Das Konzept des "Als-ob-Wettbewerbs"	945
12.22	Sockeltheorie zur Beurteilung von Preiserhöhungen	946
12.23	Der Gewinn als Beurteilungskriterium	949
12.23.1	Die britische Missbrauchsaufsicht über Preise	950
12.23.2	Die "public regulated industries" in den USA	952
12.24	Abgeleitete Anforderungen an ein Reformkonzept einer Marktergebniskontrolle und -regulierung	954
12.3	Konzept einer Marktergebniskontrolle und -regulierung	956
12.31	Feststellung von Monopolprofiten	956
12.31.1	Definition und Abgrenzung von Monopolprofiten	956
12.31.2	Ermittlung der betriebsnotwendigen Kosten und der Preisbasis	959
12.31.3	Ermittlung der Extraprofitrate	963
12.31.4	Das Problem des Widerspruchs zwischen der Marktbezogenheit des Wettbewerbs und der Unternehmensbezogenheit der Marktergebniskontrolle und -regulierung	966

12.32	Regulierung der Marktergebnisse: Konzept einer Extraprofitsteuer	972
12.32.1	Zielsetzung und Probleme der Marktergebnisregulierung	972
12.32.2	Ausgestaltung und Verfahren der Extraprofitbesteuerung	974
12.32.3	Differenzierung des Extraprofitsteuersatzes	977
13	DIE NOTWENDIGKEIT DER AUTONOMISIERUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK	981
14	ZUSAMMENFASSUNG	983
	ÄBKUERZUNGEN	986
	LITERATUR	987